Morgen=Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Sonnabend, 22. August	Nr. 1084

UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES SEP 10 1936 LIBRARY

Frick empfängt den Oto=Rhino=Laryngologen=Kongreß.

Berlin, 21. August. Die Mitglieder des III. Internationalen Oto=Rhino=Laryngologen=Kongresses, der seit dem 17. August in Berlin tagt, wurden am Freitagabend im Namen der Reichsregierung durch den Reichs= und preußischen Innenminister Dr. Frick empfangen. Neben den Mitgliedern des Kongresses und des deutschen Organisationskomitees sah man zahlreiche Ehrengäste. Aus dem Reichsinnenministerium waren außer Reichsminister Dr. Frick erschienen Staatssekretär Stuckart, Ministerialdirektor Dr. Gütt und Staatsrat Conti. Ferner waren anwesend der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Professor Dr. Reiter, der Vertreter des Reichsärzteführers Dr. Blome, Generalstabsarzt Dr. Waldmann, Admiralstabsarzt Dr. Mosauer und Oberarzt Hippke.

Reichsminister **Dr. Frick** gab in einer Ansprache seiner Freude Ausdruck, so zahlreiche Männer der ärztlichen Wissenschaft in Berlin vereinigt zu sehen. An den konstitutionellen Fragen bei Hals=, Nasen= und Ohrenerkrankungen sei auch die erbgesundheitliche Gesetzgebung besonders interessiert. Ueber das Fachwissen hinaus gebe dieser Kongreß Gelegenheit, einen Austausch der Meinungen herbeizuführen, der sich schließlich auch auf die Wohlfahrt ihrer Völker und Länder auswirken werde. Die meisten Anwesenden hätten bereits Gelegenheit gehabt, an den Olympischen Spielen teilzunehmen. Aus der Art, wie Deutschland seine ausländischen Gäste empfangen habe, könne man entnehmen, daß Deutschland bemüht sei, der Verständigung zwischen den Völkern zu dienen.

„Sie haben Gelegenheit gehabt", erklärte Dr. Frick unter lebhaftem Beifall, „das neue Deutschland und uns Nationalsozialisten kennenzulernen. Im Gegensatz zu manchen anderen Ländern, die ein Herd der Unruhe sind, werden Sie feststellen können, daß die deutsche Reichsregierung unter der Führung Adolf Hitlers erfolgreich an der Arbeit ist, unserem Volke Frieden und Brot zu gewährleisten, und daß wir bereit sind, auch die Belange anderer Völker zu achten. Umsomehr dürfen wir dann auch von den anderen Völkern erwarten, daß sie uns in Freundschaft entgegenkommen und unser Recht auf Leben und unseren Platz in der Welt anerkennen."

Der Präsident des Internationalen Kongresses, Professor **von Eicken**, dankte dem Minister, daß er aus Bayern im Flugzeug nach Berlin gekommen sei, um diesen internationalen Kongreß zu begrüßen.

Sir Sinclair Thomsen=England sprach im Namen aller englisch sprechenden Nationen. Er fand herzliche Worte der Anerkennung und Würdigung für das neue Deutschland.

Vertreter aller Nationen gaben ihrem Dank über die herzliche Aufnahme in Deutschland Ausdruck. Besonderen Beifall erntete der Vertreter Ungarns, als er erklärte, daß der Nationalsozialismus Deutschland groß und glücklich gemacht habe.

Der nächste Kongreß wird 1940 in Amsterdam abgehalten werden.

Ein Dementi des österreichischen Heimatschutzes.

Wien, 21. August. Die Pressestelle des österreichischen Heimatschutzes veröffentlicht ein Dementi, in dem die von einem Wiener Blatt in großer Aufmachung gebrachte Meldung über die Bildung eines Führerrates im Heimatschutz und einen angeblich bevorstehenden längeren Erholungsurlaub Starhembergs als vollkommen unrichtig bezeichnet wird.

Vertreter der deutschen Minderheit in Ungarn verurteilt.

Budapest, 21. August. Am 8. August wurde der frühere Sekretär Prof. Bleyers, Franz Rothen, vom Bezirksgericht in Raab wegen Schmähung der ungarischen Nation zu sechs Monaten Gefängnis und zwei Jahren Verlust der politischen Rechte verurteilt. Der Verurteilung liegt folgender Tatbestand zu Grunde:

Im März 1934 hatte Rothen als Sekretär des UDV im Bakonywald verschiedene Versammlungen abgehalten und in diesen Versammlungen die Namensmagyarisierung sowie das ungarische Minderheitenschulwesen kritisiert. Erst nach einiger Zeit wurde wegen dieser Aeußerungen Anzeige erstattet und zwar von einem jungen Mädchen aus persönlichen Gründen; das Verfahren wurde eingeleitet, aber die offizelle Erhebung der Anklage immer wieder aus unbekannten Gründen hinausgezögert. Die Verteidigung lag in der Hand des Rechtsanwalts Stumpf, der in überzeugender Weise die Anklage als unberechtigt zurückgewiesen hat. Trotzdem ist Dr. Rothen zu der erwähnten harten Strafe verurteilt worden.

Italiens Antwort an Frankreich überreicht.

Rom, 21. August. Der italienische Außenminister hat am Freitag abend dem französischen Botschafter eine Note überreicht, in der in bedingter Form, nämlich unter Aufrechterhaltung des italienischen Standpunktes über die „indirekte Einmischung", d. h. über öffentliche Geldsammlungen und Freiwilligenanwerbungen, erklärt wird, daß die italienische Regierung sich verpflichtet, „die direkte oder indirekte Ausfuhr, die Wiederausfuhr oder den Transit von nach Spanien, nach den spanischen Besitzungen oder der spanischen Marokkozone bestimmten Waffen, Munition und Kriegsmaterial wie auch von montierten oder auseinandergenommenen Flugzeugen und Kriegsschiffen zu verbieten" und „dieses Verbot auf alle in Ausführung begriffenen Verträge anzuwenden".

„Diese Erklärung wird", so heißt es in der Note weiter, „für die italienische Regierung in Wirksamkeit treten, sobald die Regierungen Frankreichs, Englands, Portugals, Deutschlands und Sowjetrußlands ebenfalls beigetreten sein werden." Außerdem erscheint es der italienischen Regierung wesentlich, daß diese Nichteinmischungsverpflichtung auch von den anderen wichtigen europäischen Staaten mit Kriegsindustrien übernommen wird.

Die italienische Note hat folgenden Wortlaut:

„Herr Botschafter!

„Ich habe die Ehre, mich auf die Besprechungen zu beziehen, die ich mit Eurer Exzellenz über die Frage der „Nichteinmischung" in die spanische Angelegenheit gehabt habe, und auf die Bemerkungen zu verweisen, die von mir zu Beginn über die Tragweite und die Grenzen gemacht worden sind, die die „Nichteinmischung" haben sollte, um wahrhaft wirksam zu werden. Unter Bezugnahme auf diese Besprechungen und in der Absicht, soweit es meine Regierung betrifft, alles zu tun, was den Abschluß eines Abkommens erleichtern oder beschleunigen könnte, habe ich die Ehre, Eure Exzellenz davon zu unterrichten, daß die italienische Regierung gemäß den von der französischen Regierung vorgeschlagenen Bestimmungen sich verpflichtet:

1. die direkte oder indirekte Ausfuhr, die Wiederausfuhr oder den Transit von nach Spanien, den spanischen Besitzungen oder nach der spanischen Marokkozone bestimmten Waffen, Munition und Kriegsmaterial wie auch von montierten oder auseinandergenommenen Flugzeugen und Kriegsschiffen, soweit es sie betrifft, zu verbieten;

2. dieses Verbot auf alle in Ausführung begriffenen Verträge anzuwenden;

3. sich mit den übrigen interessierten Staaten wegen der gegenseitigen Mitteilung aller Maßnahmen für das Wirksamwerden dieser Erklärung in Verbindung zu halten.

„Für die italienische Regierung wird diese Erklärung in Wirksamkeit treten, sobald die Regierungen Frankreichs, Englands, Portugals, Deutschlands und Sowjetrußlands ihr ebenfalls beigetreten sein werden.

„Da jedoch in dem französischen Vorschlag auch von „indirekter Einmischung" gesprochen wird, ohne Näheres anzugeben, um was es sich handelt, hält die italiensche Regierung darauf, klarzustellen, daß sie diese „indirekte Nichteinmischung" in dem Sinne auslegt, daß in den dem Abkommen beigetretenen Ländern öffentliche Geldsammlungen oder Freiwilligenanwerbungen für die eine oder andere Partei des Konflikts nicht zulässig sind. Mit der Gewährung ihrer Zustimmung zu der „indirekten Nichteinmischung" hat die italienische Regierung daher die Ehre, ihre Bemerkungen betreffend die „indirekte" Nichteinmischung aufrecht zu erhalten. Da ferner in Europa andere wichtige Staaten mit Krieginduſtrien über jene hinaus bestehen, auf die sich der französische Entwurf bezieht, so scheint es der italienischen Regierung als wesentlich, daß die Verpflichtung der „Nichteinmischung" auch von diesen Staaten übernommen wird.

„Genehmigen Sie, Herr Botschafter, ...

(gez.) Ciano."

Spanien soll dem Erdboden gleichgemacht werden.

Hendaye, 21. August. Einen bezeichnenden Einblick in die Einstellung der spanischen Marxisten und eine Erklärung ihrer Bluttaten gibt ein Aufsatz des in San Sebastian erscheinenden Blattes Frente Popular. In diesem Aufsatz heißt es:

„Wir befinden uns mitten im Kriege. Alle unsere Anstrengungen kennen nur mehr ein Ziel: den Kampf bis zur endgültigen Zermalmung des Feindes, wenn es nötig ist. Wenn alles Monumentale und Schöne des Landes, das sich in den Händen der Aufständischen befindet, zerstört werden muß, dann wird es zerstört. Wenn die ganze Heimat dem Erdboden gleichgemacht werden muß und die Uebrigbleibenden wie die primitiven Iberer leben müssen, so wird er dem Erdboden gleichgemacht werden."

Spanische Künstler als Opfer des roten Blutrausches.

London, 21. August. Nach einer Meldung aus Sevilla hat General Queipo de Llano durch den Rundfunk bekanntgegeben, daß in Madrid drei hervorragende spanische Bühnenschriftsteller, Jacinto Benavente, die beiden Brüder Seraphim Alvarez Quintero und Joaquin Alvarez Quintero, sowie der Maler Ignacio Culoaga ermordet worden seien.

Benavente hat im Jahre 1922 den Nobelpreis für Literatur erhalten. Culoaga war einer der kühnsten Amateurstierkämpfer, der noch im Alter von 60 Jahren in die Arena ging.

Ausländerflucht von den Balearen.

New York, 21. August. Das amerikanische Schlachtschiff „Oklahoma" berichtete am Freitag dem Staatsdepartement, daß es in Palma den amerikanischen Konsul nud zwei Amerikanerinnen an Bord genommen habe. Zu gleicher Zeit seien auch drei Deutsche sowie 18 weitere Ausländer, unter ihnen 11 Franzosen, an Bord gegangen. Das Schlachtschiff habe seinen Kurs nach Marseille fortgesetzt. Es seien noch 30 Amerikaner in Palma zurückgeblieben.

Der Vormarsch der Nationalisten.

Lissabon, 21. August. Der Sonderberichterstatter des Diario da Manha meldet, daß die Operationen Generals Molas im Guadarrama=Gebirge am Donnerstag zu der Gefangennahme von 800 Mitgliedern der roten Miliz bei Navalperal geführt hätten.

Der Sender Sevilla teilt mit, daß spanische Fremdenlegionäre unter Führung von Oberstleutnant Yague die Stadt Trujillo erreicht hätten. Am Freitag vormittag seien die Truppen gegen Toledo weitermarschiert, um die dort im Alcazar eingeschlossenen nationalistischen Truppen zu befreien.

Nach bisher unbestätigten Meldungen soll das Fort San Marcial in San Sebastian Freitag in die Hände der Militärgruppe gefallen sein.

Erklärung des französischen Ministerpräsidiums.

Paris, 21. August. Das Ministerpräsidium hat der Presse eine Mitteilung zugehen lassen, in der es die öffentliche Meinung vor Falschmeldungen gewisser Zeitungen warnt. Um die Regierung zu bekämpfen, scheuten diese nicht davor zurück, Nachrichten zu verbreiten, die dem Anschein nach zuträfen, den Tatsachen jedoch nicht entsprächen. Diese Zeitungen bemühten sich, der friedlichen Aktion der Regierung entgegenzuwirken, die gleichzeitig die Rechte der gesetzmäßigen Autoritäten einer befreundeten Nation achte und die nichts tue oder gestatte, was den spontan von Frankreich eingegangenen Verpflichtungen noch den klarsten Grundsätzen des internationalen Rechtes entgegenstehe.

„Solidarität mit dem Proletariat Spaniens".

Paris, 21. August. Der Verwaltungsausschuß des marxistischen Gewerkschaftsverbandes hat am Freitag eine Mitteilung ausgegeben, in der er von neuem seine völlige Solidarität mit dem Proletariat Spaniens erklärt, das für die Verteidigung des republikanischen Regimes und für die öffentlichen Freiheiten kämpfe.

Es sei, so heißt es in der Mitteilung, Recht und Pflicht der Gewerkschaften, den spanischen Genossen mit allen Mitteln zu Hilfe zu kommen. Der Verwaltungsausschuß verwerfe „mit Verachtung die Einmischungen ausländischer Regierungen, die Sympathiekundgebungen und Hilfeleistung für die spanischen Republikaner verboten sehen wollen".

Der Verwaltungsausschuß appelliere an die Gesamtheit des Landes, durch tatkräftige Solidarität zum Siege der Demokratie und des spanischen Proletariats beizutragen.

Vincent=Auriol über die französische Währungspolitik.

Paris, 21. August. Finanzminister Vincent=Auriol hielt am Donnerstag eine Rede in Muret, in der er sich mit der Finanz= und Währungspolitik der Regierung beschäftigte. Er wies einleitend darauf hin, daß das Programm, das das republikanische Volk von der Regierung verlangt habe und für das eine Laufzeit von vier Jahren vorgesehen sei, in zwei Monaten schon zu drei Vierteln verwirklicht sei.

Auf die Steuerreform eingehend, erklärte der Finanzminister, daß die Steuerlasten weniger schwer sein würden, wenn jeder ehrlich seinen Steuerpflichten nachkäme. Wenn außerdem jeder sein Geld, das heute aufgespeichert oder außerhalb Frankreichs untergebracht sei, der nationalen Wirtschaft zur Verfügung stellen würde, könne der wirtschaftliche Aufschwung schneller vor sich gehen, und die Regierung würde die Möglichkeit haben, den Zinssatz noch weiter herabzusetzen. Zu dieser doppelten Pflicht werde die Regierung im Interesse des Staates alle diejenigen zwingen, die sich ihr entziehen wollten.

Die Regierung erwarte von dem wirtschaftlichen Aufschwung und der damit verbundenen Erhöhung der Umsatzsteuer eine Vermehrung der Eingänge und die Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichtes. Die ausländischen Guthaben müßten in Zukunft angegeben werden, und ein neues Gesetz erlaube es der Regierung, Einsicht in die Bankgeschäfte zu nehmen. Sobald die Amnestiefrist vorüber sei, würden die notwendigen Untersuchungen angestellt werden, und alle würden energisch bestraft werden, die falsche Erklärungen abgegeben hätten.

Ein anderes Gesetz richte sich gegen die Propaganda, die mittelbar oder unmittelbar das Vertrauen der Oeffentlichkeit in die Währung und den Staatsfonds untergrabe. Er werde sich in Kürze mit dem Geldmarkt und der Börse befassen, denn die Regierung habe den festen Willen, den öffentlichen Kredit zu schützen. Die Schulden, die man der Regierung hinterlassen habe müßten bezahlt werden.

Diese Schulden beliefen sich vom 1. Januar bis 31. Dezember für den Staat und die Eisenbahngesellschaften auf 17 Milliarden Franken. Der Anteil der Sozialgesetze und der Anteil der Regierungspolitik an diesen Schulden belaufe sich auf 800 Millionen Franken. Der Rest von über 16 Milliarden Franken könne also auf das Konto der Deflationspolitik gesetzt werden, die das Land so nachdrücklich verurteilt habe. Diese Wahrheit könnten die Verantwortlichen nicht verheimlichen. Die Regierung sei während des größten Elends und am Rande des finanziellen Abgrundes ans Ruder gelangt.

Der Finanzminister wandte sich sodann gegen die Haltung gewisser englischer und belgischer Zeitungen, die Frankreich unter dem Deckmantel freundschaftlicher Ratschläge zur Abwertung aufforderten.

Er hoffe, daß diejenigen, die sich Freunde Frankreichs nennten, mit ihm darin übereinstimmten, daß es ihrerseits aufdringlich wäre, wenn sie der französischen Regierung in bestimmten Abständen ihre Haltung diktieren wollten, zumal diese Aufdringlichkeit die Goldabwanderung und die Börsenmanöver begünstige. Es sei außerdem merkwürdig, daß diese Manöver jedesmal dann stattfänden, wenn die Regierung bemüht sei, das Gold wieder nach Frankreich zurückzubringen. Es sei ferner merkwürdig, daß man Frankreich seit einigen Wochen mit Anleiheangeboten überlaufe. Man sollte meinen, daß sich das abgewanderte Gold im Auslande langweile und deshalb in Form vorteilhafter Anleihen wieder den Weg nach Frankreich zurückfinden möchte.

Im internationalen Rahmen wünsche die Regierung eine Verständigung aller Länder, um zusammen das finanzielle und wirtschaftliche Gleichgewicht wieder zu finden, das den normalen Warenaustausch ermögliche und die sehr schwere, aber notwendige Aufgabe der Organisierung des Friedens erleichtere. Es sei Sache der anderen, Frankreich auf diesem Wege entgegen zu kommen, und es sei zu wünschen, daß dies sobald wie möglich der Fall sei.

Scharfe Devisenbestimmungen in Griechenland.

Athen, 21. August. Der oberste Wirtschaftsrat beschloß unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Metaxas scharfe Maßnahmen gegen die Vermögensabwanderung. Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf sieht starke Einschränkungen bei Auslandsreisen von Griechen vor. Weiter wird nur einem Teil der Banken gestattet, Devisengeschäfte vorzunehmen. Schließlich wird ein besonderes Amt gegen den Devisenschmuggel ins Leben gerufen.

Die griechische Presse begrüßt Eduard VIII.

Athen, 21. August. Alle Blätter widmen dem englischen König Eduard VIII. bei seiner Ankunft in Korfu herzliche, mit vielen Bildern versehene Begrüßungsartikel, und stellen fest, daß der englische König zu jener Klasse der Herrscher gehöre, die ihr Ansehen nicht dem königlichen Purpur, sondern ihrer starken Persönlichkeit verdanken.

Messagger d'Athenes erklärt, England sei für die Völker ein Beispiel überlegter Würde und Stärke.

Proia erinnert an die Rückgabe der sieben ionischen Inseln durch England und weist auf die Teilnahme großer englischer Söhne, wie z. B. Lord Byron, an dem griechischen Unabhängigkeitskampf hin.

Kathemerini sagt, in der Person Eduard VIII. ehre Griechenland das ganze englische Volk, gegen das das griechische Volk seit dem Unabhängigkeitskampf Gefühle der Anhänglichkeit und Dankbarkeit hege.

Eleftheron Vima stellt fest, daß Griechenland mit England durch geschichtliche und traditionelle Bande verbunden sei, die in der Seele des griechischen Volkes auf großer Dankbarkeit gegründet seien.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin=Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.